

17. Wahlperiode

Dringlicher Antrag

der Piratenfraktion
der Fraktion Die Linke
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen

Winterabschiebestopp für alle schutzbedürftigen Menschen!

Das Abgeordnetenhaus wolle beschließen:

Der Senat wird aufgefordert, einen sofortigen generellen Winterabschiebestopp zu erlassen, um für alle schutzbedürftigen Menschen winterbedingte humanitäre Härten zu vermeiden. Diese Regelung gilt bis einschließlich 31. März 2016 sowie jeden folgenden Winter vom 1. November eines Jahres bis einschließlich 31. März des Folgejahres.

Dem Abgeordnetenhaus ist bis zum 15. März 2016 zu berichten.

Begründung:

Aus Sicht der Antragstellerinnen sind Abschiebungen generell infrage zu stellen. Insbesondere die Abschiebung von schutzbedürftigen Minderheiten wie Roma, Ashkali, Ägyptern und Goranen in die Balkanstaaten sowie in andere Regionen mit entsprechend menschenunwürdigen Lebensbedingungen in den Wintermonaten bedürfen eines generellen Abschiebeverbots.

In zahlreichen Berichten und Gutachten von Nichtregierungsorganisationen wird die existenzielle Bedrohungssituation von besonders schutzbedürftigen Personen, die den Minderheitengruppen der Roma, Ashkali und Ägypter angehören, insbesondere in Serbien, Mazedonien, Kosovo, Montenegro, Bosnien-Herzegowina und Albanien problematisiert.

Diese besonders schutzbedürftigen Personen bzw. Personengruppen sind zum Teil systematisch Diskriminierungen ausgesetzt, die zu prekären Lebensbedingungen führen. Die Diskriminierungen betreffen einen erschwerten Zugang zu Wohnraum, Schulbildung und Gesundheitsversorgung sowie einen eingeschränkten Zugang zum Arbeitsmarkt und zu Sozialleistungen.

Besonders im Winter verschärfen sich die Bedingungen für viele Betroffene, da sie aufgrund des systematischen Ausschlusses von angemessenen Wohnbedingungen häufig gezwungen sind, in informellen Siedlungen und baufälligen Gebäuden unterzukommen.

Auf dem Landesparteitag 2015 hat sich die SPD Berlin klar zu einem Winterabschiebestopp bekannt. Laut der Juso-Landesvorsitzenden Annika Klose sind „Abschiebungen im Winter (...) ein staatlich verordneter Kältetod“. Der Berliner Senat sollte diesem Beschluss in diesem Winter folgen und die Regelung vornehmen und verstetigen. Denn nur mittels eines Winterabschiebestopps wird das Land Berlin sicherstellen können, dass Menschen in ihren Herkunftsländern nicht in lebensbedrohliche Situationen geraten.

Berlin, den 24.11.2015

Lauer Reinhardt
und die übrigen Mitglieder
der Piratenfraktion

U. Wolf Taş
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Die Linke

Pop Kapek Bayram
und die übrigen Mitglieder
der Fraktion Bündnis 90/Die Grünen